

\* 161.999

W I E N E R  
SOZIALDEMOKRATISCHE  
B Ü C H E R E I

# STEUERSADISMUS?

STREIFLICHTER AUF DIE  
ROTE RATHAUSWIRTSCHAFT

VON

ROBERT DANNEBERG  
PRÄSIDENT DES WIENER LANDTAGES

W I E N 1 9 2 5  
VERLAG DER ORGANISATION WIEN  
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

711 225670

**W**er die Wiener Zeitungen liest, wird finden, daß fast alle über die Gemeindeverwaltung losziehen. Es wird nach Noten geschimpft. Es könnte einen das Gruseln packen, wenn man da liest, was die bösen Sozialdemokraten im Rathaus schon angerichtet haben und was insbesondere der Stadtrat Breitner treibt. „Steuerwahnsinn!“ „Steuerjadismus!“ So geht es uns in die Ohren! Alle Tage wird eine neue Schlechtigkeit der Rathausverwalter gemeldet. Einem Fremden, der das alles liest, muß es so vorkommen, als ob die armen Wiener von einer wahren Gottesgeißel heimgesucht wären. Zeitungen sind für den Tag geschrieben. Man liest sie, legt sie weg und — vergißt, was man gelesen hat. Täten es die Leute nicht, so würden die meisten Zeitungen ihre Leser verlieren. Denn diese würden merken, wie sie belogen werden.

Was ist nicht schon alles der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung nachgesagt worden! In den ersten Jahren nach dem Umsturz hieß es immer: „Die neuen Rathausherren richten die Gemeinde zugrunde! Sie verwirtschaften das reiche Erbe der Christlichsozialen! Die einst blühenden städtischen Unternehmungen werden bald zusammenbrechen! Die Gemeinde verarmt von Tag zu Tag immer mehr!“

Es ist alles nicht wahr gewesen. Aber so wurde es der Bevölkerung erzählt! Und jetzt? Jetzt schreien sie sich die Kehle heiser: „Die Gemeinde hat zu viel Geld! Die Gemeinde plündert die Bevölkerung aus! Die Gemeinde sammelt Schätze an! Die Gemeinde ist zu reich!“

Es ist ebensowenig wahr und wird auch nicht richtiger, wenn man es hundertmal wiederholt.

### Was ist die Wahrheit?

Die Wahrheit ist, daß die Gemeinde zugrunde gegangen wäre, wenn sie die christlichsozialen Ratschläge befolgt hätte. Die Wahrheit ist, daß die Gemeinde durch sozialdemokratische Tatkraft die Kriegsnot überwunden hat und zum Wohle ihrer Bewohner erspriechliche Arbeit zu leisten vermag.

Sechs Jahre sozialdemokratischer Gemeindeverwaltung liegen hinter uns. Es waren Jahre schwerster Sorgen und aufopfernder rastloser Arbeit.

Wien war vor dem Kriege eine reiche Stadt. Sie ist im Kriege arm geworden. Die patriotische Rathausverwaltung hat für 78 Millionen Goldtronen Kriegsanleihe gekauft. Sie hat Schulden im Ausland gemacht, die nach dem Kriege mit schweren Opfern zurückgezahlt werden mußten. Sie hat das Geld der Gemeinde in kontrolloser Weise in verfehlten wirtschaftlichen Unternehmungen vergeudet. Als das Volksgericht die christlichsoziale Verwaltung nach dreiundzwanzigjähriger Herrschaft zum Abtreten verurteilte, waren die

Kassen leer.

Es war kaum so viel darinnen, als zur Auszahlung für den nächsten Monatsersten erforderlich war. In den Kellern aber lagerte das verfaulte Sauerkraut, das der Wiener Bevölkerung als Nahrung zugehacht war. Und der christlichsozialen Weisheit letzter Schluß war der Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, das städtische Gaswerk in eine Gesellschaft umzuwandeln, der Länderbank einen Anteil von zwei Fünfteln zu überlassen und sich auf diese Weise 40 Millionen zu verschaffen! Als sie schon in der Minderheit waren, setzten die Christlichsozialen ihre weisen Ratschläge fort: Herr Baugoin, jetzt Heeresminister und damals Stadtrat, empfahl (Rede am 7. Jänner 1921), sich das Defizit der Betriebe vom Staat zahlen zu lassen; das hieß damals Banknoten drucken zu lassen. Außerdem rieten er und Dr. Riebenböck, Anleihen aufzunehmen, statt die Einnahmen auf die Höhe der Ausgaben zu bringen. Das ist die Methode, mit der die erste Regierung Seipel im Sommer 1922 die Eisenbahnen zugrunde gewirtschaftet, die österreichische Krone ruiniert und das Land in den Zustand gebracht hat, in dem es ein Opfer des internationalen Finanzkapitals werden konnte!

Diesen traurigen Weg ist die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung freilich nicht gegangen. Er hätte dazu geführt, daß heute ausländische Banken die Herren der städtischen Werke wären und den Wienern den Gaspreis, den Strompreis und die Straßenbahnpreise diktiert würden. Die sozialdemokratische Verwaltung hat vom ersten Tage an einen anderen Weg eingeschlagen: Will sich die Bevölkerung ihre Gemeindeverwaltung erhalten und will sie nicht irgendwelchen inländischen oder ausländischen Spekulanten die Betriebe überantworten, die für das ganze wirtschaftliche Leben Wiens von entscheidender Bedeutung sind, so muß sie die Kosten

**Basist** aufbringen. Dieselben Christlichsozialen, die vor dem Kriege ungeheure Gewinne aus den städtischen Unternehmungen gezogen haben, wetterten nun gegen jede Preiserhöhung, die keinen Gewinn bringen, sondern nur die Bedeckung der Ausgaben liefern sollte. Aber unbeirrt durch das törichte und demagogische Geschrei von links und rechts ging die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung den Weg, der sich als der einzig richtige erwiesen hat. Sie vermochte die Gemeinde wieder aufzubauen, ohne einen Sklavenvertrag zu schließen und ohne sich einen Diktator hersehen lassen zu müssen.

„Kunststück!“ sagen die Christlichsozialen wieder. „Die Gemeinde konnte sich selbst sanieren, weil Scipel die Krone stabilisiert hat!“

Aber demgegenüber steht zunächst die Tatsache, daß die Gemeinde schon seit 1. Juli 1921, also schon anderthalb Jahre vor der Genfer Sanierung, kein Defizit mehr hat. Und dann: Wenn die Stabilisierung der Krone die Sanierung so leicht gemacht hat, warum sind denn nicht auch die Christlichsozial verwalteten Länder der Republik längst saniert? Warum stecken sie immer noch im Defizit? Die Krone ist doch nicht nur in Wien stabilisiert, sondern auch in den anderen Ländern!

Ja, sagen die Christlichsozialen dann, um von etwas anderem zu reden, die Sozialdemokraten hätten es nicht zuwege gebracht. Wien habe nur saniert werden können, weil der Bund ihm soviel Geld gegeben hat. Es ist richtig: Der Bund hat jahrelang bis Ende 1924 der Gemeinde Wien einen Teil der Beamtenbezüge ersetzt. Das ist wahr! Aber das hat er nicht nur der Gemeinde Wien, sondern allen Ländern und allen Gemeinden gegenüber getan. Der Unterschied ist nur der, daß man in den anderen Ländern lustig drauflos gewirtschaftet hat und Wien sehr sparsam gewesen ist.

Und noch etwas führen die Gegner der Gemeindeverwaltung manchmal an: Wien sei gut daran, weil es vom Bunde größere Anteile an seinen Steuern bekomme, was es früher einmal nicht oder nur in ganz bescheidenem Umfang gegeben hat. Das ist nicht zu bestreiten: Wien bekommt — wie übrigens ebenso auch alle anderen Länder und Gemeinden — Anteile an einer Reihe von Bundessteuern. Aber dafür haben Wien und alle anderen Länder auf sehr wesentliche Steuerrechte verzichten müssen. Vor dem Kriege hat Wien das Recht gehabt, Umlagen auf die staatlichen Steuern einzuheben, und konnte sich auf diese Weise Einnahmen verschaffen. Das ist heute durch Bundesgesetz für alle wichtigen

Steuern verboten. Als Ersatz dafür bekommen die Länder und Gemeinden Anteile an den Bundessteuern. Die Gemeinde Wien hat wiederholt nachgewiesen, daß diese Anteile weniger ausmachen, als die Steuereinnahmen vor dem Kriege ausgemacht haben, die ihr jetzt verboten sind. Sie hat sich wiederholt bereit erklärt, auf alle Anteile zu verzichten, wenn ihr wieder die Rechte eingeräumt werden, die Wien vor dem Kriege gehabt hat.

Es wird nicht gelingen, die große Lastsache zu verkleinern, daß die Gemeinde Wien durch sozialdemokratische Arbeit saniert und wieder leistungsfähig gemacht worden ist.

Das ist das Ergebnis tatkräftiger Arbeit, die andernwärts neidlose Anerkennung fündel. Die Sanierung ist uns nicht als ein Geschenk in den Schoß gefallen, sondern mußte mühevoll erarbeitet werden.

Zunächst mußte der ganze Verwaltungsapparat neu organisiert werden. Was wäre näher gelegen, als nach dem Sturze der Christlichsozialen möglichst viele neue sozialdemokratische Angestellte in das Rathaus zu bringen? Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hat das nicht getan. Sie hat vom Jahre 1919 an im wesentlichen eine Angestelltenbeschränkung eingeführt, um die Gemeinde nicht mit Personalkosten zu überlasten und einen natürlichen Abbau durch die fälligen Pensionierungen vorzunehmen, statt — wie es dann der Bund machen mußte — hunderttausende arbeitsfähige Menschen als überzählig auf die Straße zu setzen. Der ganze Verwaltungsdienst wurde neu aufgebaut, überflüssige Ämter beseitigt. Ein strenger Kontrolldienst wurde eingerichtet, der die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der ganzen Gebarung ständig überprüft und immer neue Anregungen zu Verbesserungen gibt. Die Zentralisierung der zusammengehörigen Aufgaben hat zu planmäßiger Arbeit auf allen Gebieten, so auch auf dem des Einkaufes, geführt und auf diese Weise große Vorteile für die Gemeinde gesichert. So werden zum Beispiel von einer Stelle aus Baumaterialien eingekauft — im Jahre 1924 mehr als 76.000 Eisenbahnwagen voll Baustoff!

Die städtischen Unternehmungen, die im Kriege schwer gelitten hatten, wurden instand gesetzt, modernisiert und erweitert. So konnte die Zahl der Gasabnehmer von 239.000 am 30. Juni 1919 auf 326.000 Ende Dezember 1924 gesteigert werden, die Zahl der Stromabnehmer gar von 158.000 auf 391.000. Und jeder Monat bringt neue Erweiterungen. Jetzt erst fangen die städtischen Werke an, wirklich der ganzen Bevölkerung zu dienen.

Daß die Gemeindeverwaltung in Ordnung gekommen ist und wirkliche Aufbauarbeit zu leisten vermag, während der Bund eine leer laufende Maschine ist, danken wir auch dem Umstand, daß die Gemeinde sich um ihre Einnahmen rechtzeitig umgesehen hat. Der Bund hat tatenlos zugeesehen, wie seine Steuereinnahmen durch die Geldentwertung bedeutungslos geworden sind. Diese sinnlose Steuerpolitik hätten wir mit der Verlotterung der Verwaltung, mit der wachsenden Entwertung des Geldes.

Die Gemeinde Wien hat ihre Steuern so eingerichtet, daß sie mit der wachsenden Geldentwertung selbst anwachsen und also die vermehrten Ausgaben zu decken imstande waren. Sie hat ein klares und übersichtliches Steuersystem geschaffen, so daß jeder weiß, wie er daran ist und was er zu zahlen hat. Der Bund dagegen schikaniert die Steuerträger mit den berüchtigten „Steuermandaten“, die der Finanzminister Dr. Riebenböck erfunden hat, und diktiert Steuern ohne Rücksicht auf die Befehnisse und die wirklichen Erträge. Dafür schenkte er den ganz Großen ungezählte Milliarden. Noch ist der Fall Castiglioni nicht vergessen. Der Mann hätte, wie im Nationalrat nachgewiesen wurde, auf Grund seiner eigenen Befehnisse für die Jahre 1916 bis 1921, in Goldf Kronen umgerechnet, 3,075.564 Kr. Einkommensteuer zahlen sollen. Als ihm die Steuern tatsächlich vorgeschrieben wurden, waren sie infolge der fortschreitenden Geldentwertung nur mehr 293.210 Goldf Kronen wert. Er hat also neun Zehntel seiner Steuer, fast 38 Milliarden Papierf Kronen, erwartet. So wirtschaftete der Bund!

Untadelig und kraftvoll steht heute die Wiener Gemeindeverwaltung da. Sie erweckt die Aufmerksamkeit aller Fachmänner. Aus aller Welt kommen Kommunalpolitiker nach Wien, um die Wiener Einrichtungen zu studieren. Sie sind voll des Lobes und der Bewunderung für die Arbeit, die in den meisten Wiener Zeitungen nur scharfe Kritik findet. Aber das Volk von Wien weiß, was es von der Rathausverwaltung zu halten hat. Darum hat es den Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen am 21. Oktober 1923 das Vertrauen ausgesprochen und die Sozialdemokraten in verhältnismäßig noch größerer Zahl in den Gemeinderat entsendet als im Jahre 1919.

Doch die früheren christlichsozialen Machthaber können es nicht verwinden, daß sie entthront worden sind, und lassen darum noch immer kein Mittel unberührt, um die verlorene Herrschaft wieder zu gewinnen. Zu diesem Zwecke führen sie ihren Lügenfeldzug hier und im Ausland!

## Wojo im Ausland?

So wird der Uneingeweihte fragen. Aber das hat schon seinen guten Sinn. Man nimmt an, daß eine große Verwaltung auf die Dauer nicht geführt werden könne, ohne daß sie Anleihen bekommt. Denn große Neueinrichtungen, die für Jahrzehnte bestehen sollen, können auf die Dauer nicht aus den laufenden Einnahmen gezahlt werden. Man macht sie mit geborgtem Gelde, das man in 20 und auch mehr Jahresraten zurückzahlt, so daß die Kosten auf ebensoviel Jahre verteilt werden. Nun weiß man, daß solche Anleihen heutzutage nur im Ausland aufgebracht werden können. Schimpft und lügt man aber über Wien in der ganzen Welt und werden diese Lügen geglaubt, dann wird sich niemand finden, der nach Wien Geld borgt. Die Gemeinde wird so auf das Trockene gebracht. So haben vor mehr als 25 Jahren die Wiener Liberalen gekämpft, um die neue christlichsoziale Verwaltung unmöglich zu machen, als Karl Lueger im Triumph in das Rathaus einzog. So machen es heute die Nachfahren Luegers gegen die sozialdemokratische Verwaltung. Sie haben einen eigenen Nachrichtendienst organisiert, um Wien in den ausländischen Zeitungen schlecht zu machen. Sie schämen sich nicht einmal, Nachrichten in die Welt hinauszuschicken, die die Fremden abhalten sollen, nach Wien zu kommen\*)! So schädigen die patentierten Gewerbevertreter in ihrer Verblendung das ganze Geschäftsleben Wiens, nur aus Haß gegen die Gemeindeverwaltung!

Aber es hilft Ihnen nichts. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung lebt und gedeiht, auch ohne Anleihe. Sie schafft immerzu neue große Werke im Interesse des Volkes.

Darum führen die Feinde des Rathauses den Kampf auch auf andere Weise. In der Wahlzeit haben sie versucht, die Versprechungen der Sozialdemokraten

---

\*) Die „Christlichsoziale Nachrichtenzentrale“, Wien I, Schwarzenbergplatz 1, die in dem christlichsozialen Reichsparteisekretariat herausgegeben wird, sandte am 25. März 1925 an die ausländischen Zeitungen einen Artikel: „Die Wiener dürfen sich nicht amüsieren“. Dieser Artikel begann mit den Worten: „Wien ist im Begriff, seine letzte, aus dem Zusammenbruch gerettete Position als hervorragende Kunst- und Musikstätte zu verlieren“. So machen die Herrschaften, die sich als die Wiener Patrioten aufspielen, im Ausland für Wien Propaganda, indem sie von einem Niedergang erzählen! Und dann heißt es in dem Artikel weiter: „Auch die Fremden meiden Wien, denn Wien ist eine teure Stadt“. Eine Wiener Partei macht also im Ausland Stimmung dafür, daß keine Fremden herkommen sollen!

als Schwindel hinzustellen. Nicht einmal der Herr Seipel persönlich ist davor zurückgeschreckt, das zu tun. Die anderthalb Jahre, die seither verflossen sind, haben den Wienern gezeigt, wer schwindelt. Wer sehend durch die Wiener Straßen geht, kann sich davon überzeugen, daß sich an allen Ecken und Enden tausend fleißige Hände regen, um wahr zu machen, was die Sozialdemokraten versprochen haben.

Als Schwindel hat sich dagegen erwiesen, was die Christlichsozialen mit großer Reklame den Wählern versprochen haben. Die Banken haben sich damals, wie die Christlichsozialen erzählten, verpflichtet, für 100 Milliarden selbst zu bauen und 60 Milliarden dem Bunde für Wohnbauzwecke zu geben. In Wirklichkeit haben sie nichts gebaut und dem Bunde lumpig zwölf Milliarden gegeben, so viel, wie ein einziger kleinerer Gemeindefohnhausbau kostet! Den Wählern haben sie Sand in die Augen gestreut und versprochen, daß sie die Wohnungsfrage lösen werden. Indes würde, wenn es auf den Bund ankäme, kein Mensch ein Obdach finden können!

Da man die Laten der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung in Wien selbst schwer verkleinern kann, weil man als Lügner gleich ertappt wird, so hat man sich ein anderes Schlagwort zurechtgelegt, mit dem man besonders seit einem Jahre frehjen geht:

### die Übersteuerung!

„Ja,“ so heißt es, „es ist wahr! Die Herren im Rathaus bauen und arbeiten, aber sie machen — zu viel! Das können wir uns nicht leisten! Wir sind zu arm! Man darf nicht so hohe Steuern verlangen! Das ist Wahnsinn! Sadismus! Was waren doch früher für herrliche Zeiten, als noch die Christlichsozialen im Rathaus regierten. Da hat es solchen Steuerdruck nicht gegeben.“

Steuerzahlen ist eine unangenehme Einrichtung. Niemand zahlt gerne. Wenn also irgendwo auf die Steuern geschimpft wird, halten die Leute gern mit. Und immer von neuem tönt der Chor zum Rathaus empor: „Steuerräuber! Steuerjabinisten!“

Aber wer am meisten schreit, hat deshalb noch lange nicht recht. Schauen wir lieber einmal nach, wie die Dinge in Wirklichkeit sind und vergleichen wir zu diesem Zweck, was die Wiener im Jahre 1913 für Land und Gemeinde an Steuern aufgebracht haben und was sie heute aufbringen müssen. (Dabei stellen die Zahlen für 1913 das dar, was für dieses Jahr tatsächlich vorgeschrieben wurde. Die Zahlen für 1925 stammen aus dem Voranschlag. Die Erfahrungen der ersten Monate

zeigen, daß das Ergebnis dem Vorausschlag im großen ganzen entsprechen wird. Die Beträge sind in Goldfronen umgerechnet.)

Die Rechnung (siehe nächste Seite) zeigt, daß die Gesamtbelastung im Jahre 1925 um 7,198.949 Goldfronen oder 103,6 Milliarden Papierfronen geringer ist, als sie im Jahre 1918 war.

Dazu kommt noch, daß die Wiener für das Jahr 1918 an den Staat 54,006.134 Goldfronen (rund 777 Milliarden Papierfronen) Hauszinssteuer entrichten mußten. Der Staat hat diese Steuer seit dem Jahre 1923 der Gemeinde überlassen. Die Gemeinde hebt sie aber nicht ein, sondern hat sie abge schafft!

Außerdem ist noch in Betracht zu ziehen, daß die Belastung der Wiener Bevölkerung durch die Tarife der städtischen Unternehmungen heute wesentlich niedriger ist als vor dem Kriege.

Man vergleiche die Preise!

	1918	1925
	Goldfronen	
Durchschnittsfahrpreis auf der Straßenbahn . . . . .	17	13,88
Gaspreis (Kubikmeter) . . . . .	17	13,1
Lichtstrompreis (Kilowattstunde) . . . . .	70	36,1
Kraftstrompreis (Kilowattstunde) . . . . .	30	17

Zu beachten ist, daß in den Preisen für 1925 die Wasserkräftabgabe und die Warenumschlagsteuer des Bundes enthalten sind, die es im Jahre 1918 nicht gegeben hat. Dennoch ist der Straßenbahnfahrpreis noch nicht ganz so hoch, als er im Jahre 1918 für die kürzeste Strecke war. Der Gaspreis ist um nahezu ein Viertel kleiner, als er im Jahre 1918 war, obwohl die Kohle für die Gas erzeugung um 62 Prozent teurer ist als in der Vorkriegszeit. Die Strompreise betragen gar nur die Hälfte der Friedenspreise! Der Bund hat seine Monopolpreise nicht nur voll valorisiert, er ist schon darüber hinaus. Das Briefporto beträgt das 15.000fache, der Salzpreis das 19.000fache, der Preis einer Virginiazigarre das 18.181fache des Vorkriegspreises. Die Preise aller Artikel des privaten Handels sind valorisiert und übervalorisiert. Nur die Gemeinde vermag noch unter dem valorisierten Preis zu verkaufen. Ein Beweis für die glänzende Führung der Gemeindebetriebe und dafür, wie sehr die Gemeinde bemüht ist, der Bevölkerung zu nützen und die Volkswirtschaft zu schonen.

Würde die Gemeinde zu den valorisierten Vorkriegspreisen verkaufen, was gar nicht überraschend wäre, da ihre

# Einnahmen 1913.

## I. Eigene Gemeindesteuern.

1. Umlage für den Mietzins, 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Heller von jeder Hingstrone	30,523.889
2. Landesbiersteuer	4,797.869
3. Gemeindeabgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten	2,278.951
4. Hundesteuer	466,751

Zusammen . . . 38,067.460

## II. Zuschläge zu den staatlichen Steuern, und zwar zur

1. Hauszinssteuer	41,870.261
2. Grundsteuer	144.908
3. Erwerbsteuer	25,546.360
4. Rentensteuer	848.862
5. Besoldungssteuer	998.178
6. Verzehrungssteuer	9,958.775
7. Immobiliargebühr	1,590.905
8. Totalisateur- und Buchmacherabgabe	667.872

Zusammen . . . 81,630.121

## III. Anteile am Ertrage von Staatssteuern.

1. Realsteuern	4,290.925
2. Biersteuer	1,425.783
3. Branntweinsteuer	1,196.403

Zusammen . . . 6,913.111

## IV. Einnahmen aus dem Reingewinn der Monopole.

1. Gaswert	5,804.081
2. Elektrizitätswert	9,747.819
3. Straßenbahn	2,750.000
4. Wasser	12,903.655

Zusammen . . . 31,205.055

Gesamtsumme . . . 157,615.747

## Einnahmen 1925.

### I. Eigene Gemeindesteuern.

	Goldkronen
1. Fürsorgeabgabe . . . . .	41,666.666
2. Fremdenzimmerabgabe . . . . .	3,125.000
3. Wertzuwachsabgabe von Liegenschaften . . . . .	4,166.666
4. Plakatabgabe . . . . .	416.666
5. Anzeigenabgabe . . . . .	1,736.111
6. Beitrag der Feuerversicherten zu den Kosten der Feuerwehr . . . . .	1,319.444
7. Abgabe von freiwilligen Feilbietungen . . . . .	298.613
8. Konzessionsabgabe . . . . .	104.166
9. Grundsteuer . . . . .	388.888
10. Kanzlei- und Augenscheintagen . . . . .	250.000
11. Hauspersonalabgabe . . . . .	1,944.444
12. Kraftwagenabgabe . . . . .	3,263.888
13. Pferdeabgabe . . . . .	39.583
14. Hundeabgabe . . . . .	486.111
15. Lustbarkeitsabgabe . . . . .	8,333.333
16. Nahrungs- und Genußmittelabgabe . . . . .	8,333.333
17. Wasserkraftabgabe (Zwecksteuer) . . . . .	1,805.555
18. Bohnbausteuer (Zwecksteuer) . . . . .	22,638.888

Zusammen . . 100,317.355

### II. Zuschläge zu den staatlichen Steuern, und zwar zur

1. Immobiliargebühr . . . . .	493.055
2. Totalisateur- und Buchmachergebühr . . . . .	555.555

Zusammen . . 1,048,610

### III. Anteile am Ertrage von Bundessteuern.

49,250.833

### IV. Einnahmen aus dem Reingewinn der Monopole.

Null

Gesamtsumme . . 150,618.788

Einkaufspreise für Kohle usw. übervalorisiert sind, so würde die Bevölkerung, wenn wir den voraussichtlichen Konsum des Jahres 1925 als Grundlage nehmen und bei den Kraftstrompreisen die entsprechenden Rabatte berücksichtigen, um ungefähr sechzig Millionen Goldkronen jährlich mehr für Gas, elektrischen Strom und Straßenbahn zu zahlen haben als gegenwärtig. Dazu kommt noch, daß die christlichsoziale Gemeindeverwaltung von jedem Gaskonsumenten eine Gasmesserrente eingehoben hat, auf welche die heutige Verwaltung verzichtet hat. Sie brachte dem Gaswerk im Jahre 1913 eine Extraeinnahme von 1.280.000 Goldkronen. Die Strombezieher mußten Elektrizitätszählermieten zahlen, die 1.268.652 Kr. einbrachten. Zieht man die Steigerung der Zahl der Konsumenten in Betracht, so würde sich, wenn die alte Einrichtung noch bestünde, daraus eine weitere Belastung von 49 Millionen Goldkronen jährlich für die Bevölkerung ergeben.

Die valorisierten Vorkriegspreise der Monopolbetriebe würden also eine jährliche Mehrbelastung von mehr als 900 Milliarden Kronen für die Bevölkerung ergeben.

Noch ganz anders steht es beim Wasser. In der Vorkriegszeit waren für das Wasser erstens ein Prozent des sogenannten richtiggestellten Mietzinses, zweitens sechs Goldkronen pro Hektoliter und Jahr für je 25 Liter pro Kopf und Tag zu zahlen. Für den Mehrverbrauch mußten zwanzig Goldheller pro tausend Liter gezahlt werden. Eine Arbeiterfamilie von vier Köpfen, die 360 Goldkronen Jahreszins zahlte, mußte also durch den Hausherrn an die Gemeinde 324 Kr. und für viermal 25 Liter = 1 Hektoliter 6 Kr., zusammen also 924 Goldkronen oder 138.000 Papierkronen bezahlen. Verbraachte diese Familie pro Kopf und Tag noch zehn Liter mehr, so waren noch 292 Goldkronen oder 42.000 Papierkronen zu zahlen. Da heute die Betriebskosten in der Säubern gesondert verrechnet werden, mußte also diese Familie 175.000 Kr. für das Wasser jährlich zahlen. Aber glücklicherweise haben die sozialdemokratischen „Steuerräuber“ diese christlichsozialen Vorschriften aufgehoben. Nach den heutigen Vorschriften zahlt diese Familie

für die 35 Liter Wasser pro Kopf und Tag im Jahre statt  
175.000 Kr. — nichts!

Erst für den Mehrverbrauch zahlt sie 2500 Kr. für je tausend Liter. Für den Wasserkonsum im Jahre 1924 hat die Bevölkerung nach den geltenden Vorschriften 4.687.500 Goldkronen zu zahlen. Wären noch die christlichsozialen Vorschriften in Kraft, so hätten 13.416.904 Goldkronen gezahlt werden müssen. Und

Dazu die Wassermesserrente, die auch aufgehoben würde, von 482.606 Goldkronen.

Die Bevölkerung erspart also beim Wasser 9,162,010 Goldkronen oder 131·9 Milliarden Papierkronen jährlich.

Für gewerbliche Zwecke wurde das Wasser in der Vorkriegszeit mit 20 Goldheller = 2880 Papierkronen für je tausend Liter abgegeben. Heute kostet es für alle Lebensmittelbetriebe, einschließlich der Gast- und Kaffeehäuser, für Hotels und als Kesselspeisewasser nur 400 Papierkronen! Ein Unternehmer, der 100.000 Kubikmeter (1 Kubikmeter = 1000 Liter) jährlich verbraucht, erspart also jetzt 248 Millionen Kronen. Für das gesamte im Jahre 1924 für gewerbliche Zwecke verbrauchte Wasser wird heute um 2,482.000 Goldkronen weniger bezahlt, als unter der christlichsozialen Verwaltung dafür zu zahlen gewesen wäre.

Nicht weniger als 35·7 Milliarden erspart also das Wiener Gewerbe jährlich beim Wasser allein dank der Tarifpolitik des als „Gewerbefreunde“ verschrienen Sozialdemokraten.

Außer den rund 65 Millionen Goldkronen bei Benützung der städtischen Monopolbetriebe ersparen also die Wiener dank der Verbilligung des Wassers noch mehr als 11½ Millionen Goldkronen, zusammen also mehr als 1100 Millionen den Papierkronen im Jahre.

kehren wir nun zu den Steuern zurück! Der Vergleich der Gemeindesteuern 1913 und 1925 zeigt, daß die Gesamtbelastung der Bevölkerung jetzt kleiner ist als früher.

Warum also das Geschrei, daß wir unter Übersteuerung leiden?

Dieselben Christlichsozialen, die heute von Übersteuerung reden, haben doch, wie man sieht, als Herren des Rathauses im Jahre 1913 eine höhere Steuersumme eingehoben, als heute gezahlt werden muß! Von den Tarifen gar nicht zu reden! Nach einem verlorenen Krieg und einem beispiellosen Zusammenbruch, der die Fürsorge für eine verarmte und verelendete Bevölkerung nötig machte und gewaltige neue Aufgaben brachte, wäre es kein Wunder, wenn die Steuern höher würden, als sie vor dem Kriege waren. In den anderen Ländern ist das auch so. Die Gemeinde Wien begnügt sich mit weniger Steuergeldern als vor dem Kriege, und dennoch das müßte Geschimpfe ohne Ende! Warum? Warum?

Ob die Steuern erträglich sind oder nicht, dafür sind auch die Pfändungen, die zu ihrer Einbringung nötig werden,

ein Maßstab. Obwohl im Jahre 1913 ein großer Teil der Einnahmen aus Quellen stammt, die keine Pfändung nötig machen (Gewinne aus den Monopolen), gab es damals 28.408 Pfändungen in einem Jahre! Im Jahre 1924 waren nur 20.788 Pfändungen nötig, obwohl es ein sehr schlechtes Geschäftsjahr gewesen ist. Die Zahl der Pfändungen wegen Nichtzahlung von Steuern und Gebühren ist also um mehr als ein Viertel zurückgegangen.

Trotzdem das Geschrei von der Übersteuerung! Warum? Warum?

Ein Blick auf die Steuertabelle (Seite 10) lehrt es. Die gesamte Steuersumme ist gleichgeblieben, ja sogar kleiner geworden, obwohl der Wiederaufbau größere Opfer rechtfertigen würde als vor dem Kriege. Aber die Steuerzahler sind andere gewesen. Darin liegt das Geheimnis.

Wir leben immer noch in einem Klassenstaat. Kapitalisten und Großagrarien herrschen in edlem Verein, obwohl sie eine Minderheit sind. Sie können herrschen, weil sich große Massen von Arbeitern (vor allem Landarbeitern) und von Angestellten, von Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern in ihrem Gefolge befinden, ohne noch zu wissen, daß sie ihre Feinde unterstützen. Der Klassencharakter des Staates besteht nicht nur darin, daß die einen Klassen herrschen und die Gesetzgebung nach ihren Interessen einzurichten suchen, sondern auch darin, daß sie die Ausgaben des Staates möglichst vollständig von den beherrschten Klassen zahlen lassen.

Umsatzsteuern, Lebensmittelzölle, wucherische Gewinne beim Tabakverkauf und Salzverschleiß, so vor allem schafft sich der kapitalistische Klassenstaat seine Einnahmen. Man beachte die Entwicklung, die die Bundes-einnahmen in der Zeit der glorreichen Genfer Sanierung genommen haben.

Für das Jahr 1925 sind beim Bund vorgesehen:

	Millarden
Warenumsatzsteuer	1800
Verbrauchssteuern	717
Zölle	1740
Lohnabzugsteuer	450
Profit beim Salzverkauf	98
Profit der Tabakregie	1344
Dummheitssteuer (Lotterie)	25
Summe	6174

Mehr als sechs Billionen Kronen, nahezu zwei Drittel seiner Einnahmen, zieht der christlich-sozial-großdeutsch regierte Bund aus der Besteuerung der breiten Massen. Immer mehr

arbeitet die Regierung darauf hin, die Steuern der Besitzenden zu verringern und dafür die Massensteuern auszubauen.

Man hat die Massensteuern oft als gerecht bezeichnet, weil sie eine gleichmäßige Verteilung bringen: Jeder Mensch zahlt für den Laib Brot, für das Kilogramm Zucker oder Fleisch gleich viel Steuer. Wer viel ißt, zahlt dann eben mehr, wer wenig ißt, zahlt weniger! Ist das nicht das Ideal der Gerechtigkeit?

Es ist in Wirklichkeit die fürchtbarste Ungerechtigkeit, weil alle diese Konsumsteuern den Armen viel stärker treffen als den Reichen. Der Arme muß alles, was er verdient, für lebensnotwendige Dinge ausgeben. Die Massensteuern, die ihn dabei treffen, machen einen vielfach größeren Teil seines Gesamteinkommens aus als beim Reichen.

Rechnen wir nach dem Ergebnis der Handelsstatistik für 1924 nach, wie groß allein das Erträgnis der Warenumsatzsteuer für ein paar wichtige Nahrungsmittel und Bedarfsartikel ist, wohlgedenkt, nur für die Waren, die nach Österreich eingeführt worden sind. Die im Inland selbst gewachsen oder erzeugt worden sind, sind da nicht mitgerechnet.

Warenumsatzsteuer in Milliarden Papierkronen

Zucker . . . . .	29.3
Getreide . . . . .	45.4
Mehl . . . . .	99.2
Obst . . . . .	12.1
Gemüse . . . . .	8.6
Geflügelerei . . . . .	9.3
Rinder . . . . .	59.2
Schweine . . . . .	50.4
Speisefett . . . . .	41.0
Fleisch (zubereitet), Würste . . . . .	6.6
Fleisch (frisch) . . . . .	37.1
Käse . . . . .	8.2
Rohe . . . . .	102.7
Baumwollwaren und Wollwaren . . . . .	290.9
Leder . . . . .	39.3
Schuhe . . . . .	5.0

Auf dem Laib Brot (90 Dekagramm Mehl) liegt eine Warenumsatzsteuer von 515 Kronen und ein Mehlzoll von 423 Kronen, zusammen also eine indirekte Steuer von 938 Kronen. Nimmt man an, daß

eine vierköpfige Familie

nur fünf Laibe Brot in der Woche braucht, also 260 Laibe Brot im Jahr, so zahlt sie

an Brotsteuer allein 243.880 Kronen.

Wenn dieselbe vierköpfige Familie im Jahre fünf Kilogramm Kaffee und in der Woche  $\frac{3}{4}$  Kilogramm Zucker verbraucht, so macht der Zoll allein dafür im Jahre 221.760 Kronen aus. Wenn sich diese vierköpfige Familie den Dugus leistet, 2 Kilogramm Fleisch in der Woche zu essen, so machen Zoll und Warenumsatzsteuer zusammen dafür 238.200 Kronen im Jahre aus.

Auf dem Wiener Zentralviehmarkt und in der Großmarkthalle sind im Jahre 1924 für die angelieferten Tiere und Fleischmengen 136 Milliarden Warenumsatzsteuer und 1872 Milliarden Fleischzoll, zusammen 3232 Milliarden Kronen gezahlt worden! Die Christlichsozialen suchen freilich diese furchtbare Tatsache damit zu verschleiern, daß sie über die Markt- und Schlachtgebühren der Gemeinde schimpfen, die eine Vergütung für Leistungen sind, die die Gemeinde vollbringen muß. (Veterinäramt, Erhaltung und Reinigung der Markthallen und Schlachthäuser, Kosten des Marktamtes und der Marktpolizei.)

Mit der althergebrachten Methode, die Steuern gleichmäßig auf alle zu verteilen und damit in Wirklichkeit die Armen stärker zu belasten als die Reichen, hat die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung gebrochen. Sie hat den Weg eingeschlagen,

die Steuern möglichst auf die tragfähigen Schultern der Reichen und Besitzenden

zu legen, und soweit sie die Massen für allgemeine Gemeindegewerke heranziehen muß,

den unbedingt notwendigen Lebensaufwand frei zu lassen und lieber das Veranügen zu besteuern.

Dieses System paßt natürlich der Kapitalistenklasse nicht. Daher schimpft und schreit sie. Würde sie allein schreien, so würde es ihr nichts nützen. Denn sie bildet eine kleine Minderheit. Daher versucht sie, durch Lügen und Schwindel den klaren Sachverhalt zu verwirren und solche Kreise in ihre Gefolgschaft zu locken, die in Wirklichkeit kein Interesse daran haben, zusammen mit den Kapitalisten zu schreien. Es ist die alte Methode des Kapitals, auch aus der Unwissenheit und Unerfahrenheit der Massen Profit zu ziehen, indem man sie für die politischen Zwecke des Kapitals mißbraucht. In der Gefolgschaft des Kapitals und als sein Sachwalter trabt heute die ganze christlichsozialistische Partei, von den unmittelbar Beauftragten der Unternehmerorganisationen bis zu den Arbeitervertretern! Es gibt ja die

**Großdeutschen, obwohl ihre Wähler fast ausschließlich Ange-  
stellte sind!**

Vergleichen wir also die Gemeindeeinnahmen von 1913  
und die von 1925 (Tabelle auf Seite 10)!

Im Jahre 1913 stammte rund ein Fünftel der Ein-  
nahmen aus den Profiten der Monopolbetriebe; nahezu die  
Hälfte der Einnahmen wurde durch Belastung des Mietzinses  
aufgebracht, mehr als ein Zehntel lieferten die städtischen Ver-  
zehrungssteuern auf Alkohol und Fleisch. Nur ein Fünftel der  
Einnahmen kam von den Umlagen auf die direkten Steuern  
und Anteilen an staatlichen Steuern. Eine Luxusbesteuerung  
gab es kaum. Nur die Gemeindezuschläge zu den Wettrenn-  
steuern, die ein paar hunderttausend Kronen einbrachten, und  
die Hundesteuer können hier genannt werden. Die Kosten des  
Gemeindehaushaltes wurden also im wesentlichen von den  
breiten Massen bestritten. Was der Mensch unbedingt  
zum Leben braucht: die Wohnung, die Beleuch-  
tung, das Wasser, die Straßenbahn, wurde  
drückend besteuert. Nur war das System so schlau ein-  
gerichtet, daß

die Menschen es nicht merkten, wie ihnen der Gemeindefiskus  
das Geld aus der Tasche zog.

In jedem Monatsersten mußte der hohe Mietzins ent-  
richtet werden, in der Regel 30 Goldkronen (432.000 Papier-  
kronen) für eine elende Proletarierwohnung. Wer nicht zahlen  
konnte, lag auf der Straße. Aber in dem Monatszins,  
für den der Arbeiter einen Wochenlohn opfern mußte,  
steckten die Mietsteuern für Staat, Land und Gemeinde mit  
zwölf Goldkronen und steckte die hohe Wassergebühr. Der  
Arbeiter, der zum Beispiel 30 Kr. Monatszins zahlte,  
Kr. 27<sup>50</sup> Wochenlohn hatte und das ganze Jahr über nie  
arbeitslos war, zahlte also

ein volles Zehntel seines ganzen Jahreseinkommens  
allein an Mietzinssteuer!

Beim Beamten war es ebenso. Wenn er einen Jahres-  
zins von 1200 Kronen gezahlt hat, so waren darin 480 Gold-  
kronen Steuern enthalten. Das war für viele Beamten, die  
solche Wohnungen haben, ein Zehntel und auch mehr ihres  
Jahreseinkommens!

Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung macht es  
freilich anders. „Achtzehn neue Steuern haben die  
Sozialdemokraten eingeführt“, schreien die kapitalistischen  
Beamten, rufen die Christlichsozialen und Großdeutschen,

Aber daß wir die alten drückenden Steuern samt und sonders abgeschafft haben, davon erzählen sie nichts. Es gibt jetzt

keine Hauszinssteuer mehr, keine Zins- und Schulheller, keine Verzehrungssteuer, keine Steuer auf Wasser, keine Steuer auf die Straßenbahnfahrten, keine Steuer für den Gemeindefußel auf Gas und elektrischen Strom!

Natürlich mußte sich die Gemeinde dafür Ersatz schaffen, da sie ja ohne Steuern nicht die Verwaltung führen, die Straßen instandhalten, die Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen führen kann. Heinrich Heine hat einmal spottend gemeint: „Ein Recht zum Leben, Lump, haben nur die, die etwas haben.“ Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung ist so „niederrächtig“, zu meinen, daß die, die etwas haben, auch die Pflicht zum Steuerzahlen haben. Darauf hat sie ihr neues Steuersystem aufgebaut.

Nur drei Steuern treffen jedermann. Aber zwei von ihnen, die Wasserkraftabgabe und die Wohnbausteuer, fließen nicht in die Gemeindefasse, sondern sind reine Zwecksteuern, die sich für die Steuerzahler reichlich bezahlt machen. Die Fürsorgeabgabe trifft jeden, der fremde Arbeitskräfte beschäftigt. Er muß 4 $\frac{1}{2}$  Prozent der Summe, die er für Löhne auszahlt, an die Gemeinde zahlen. Das ist der einzige allgemeine Beitrag, mit dem die Gemeinde das Wirtschaftsleben belastet. Übrigens hat ein von der christlichsozial-großdeutschen Mehrheit beschlossenes Bundesgesetz im Jahre 1922 diese Steuer den Ländern und Gemeinden zur Pflicht gemacht. Die zahlende ganz kleine Gewerbetreibender und Kaufleute, die keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen, zahlen nicht einmal diesen Betrag. Aber alle, die kleinen und die großen, ersparen den ungeheuren Mietzins und alle Steuern der Vorkriegszeit, auf deren Einhebung die Gemeinde heute verzichtet.

Alle anderen neuen Gemeindesteuern, die das Erwerbsleben treffen, sind Sondersteuern für bestimmte Gewerbe, die eine solche Belastung vertragen.

Dann kommt eine Reihe von Luxussteuern.

#### Was ist Luxus?

Da tauchen allerhand Streitfragen auf. Daß sich jemand seine große Wohnung von mehreren Hausgehilftanen und Kammerdienern instandhalten läßt, stellt gewiß einen Luxusaufwand dar. Daß sich jemand Reitpferde hält, nicht minder. Daß man derlei bestenert, wird also wohl als gerecht erscheinen? Nicht einmal das! Die Christlichsozialen

haben selbst gegen diese Steuern gewettert! Herr Dr. Riehoff, der als Finanzminister des Bundes die allgemeine Warenumsatzsteuer auf Brot und Fleisch, auf Geburten und Begräbnisse eingeführt hat, fand zum Beispiel (Gemeinderats-sitzung am 30. März 1920), daß die Steuer auf Reit-pferde den Sport beeinträchtigt! Und die anderen Christlichsozialen meinten, daß es kein Luxus sei, wenn sich ein Ge-schäftsmann mehrere Hausgehilfinnen halte, und wenn er, um die Hauspersonalabgabe zu ersparen, etliche entläßt, so sei die Schädlichkeit dieser Steuer erwiesen, die eigentlich den Arbeitern schade! Aber ist es nicht doch zweckmäßig, von der Familie Rothschild, die sich von Dutzenden Leuten bedienen läßt, jährlich fünf Milliarden Hauspersonalabgabe einzuziehen?

Ist der Besitz eines Automobils ein Luxus? Die Massen der Bevölkerung, die die Straßenbahn benutzen, werden diese Frage wohl bejahen! Es gibt auch Leute, die sie verneinen: „Ein Mensch, der einen einträglichen Beruf hat, der ihn stark in Anspruch nimmt, vergeudet zuviel Zeit, wenn er seine Wege mit der Straßenbahn zurücklegen muß, die nicht durch die Straßen rasen kann. Für ihn ist das Auto-mobil ein Geschäftsbedürfnis! Und wenn man die Automobile hoch besteuert, dann überlegt sich doch am Ende der oder jener reiche Mann, ob er sich eines kaufen soll. Vielleicht finden dann ein paar Chauffeure weniger Beschäftigung, am Ende wird auch die Erzeugung von Automobilen ein wenig eingeschränkt.“ Kein Zweifel, es ist etwas daran. Aber dennoch bleibt die Frage: Sollen also lieber, wie in der Christlichsozialen guten alten Zeit vor dem Kriege, die Straßenbahnbenützer mit jeder Fahrkarte eine Steuer von 0,85 Goldhellern (123 Papierfronen) zahlen, während man damals die Automobilfahrer nicht be-helligt hat? Oder ist es nicht doch gerechter, daß die sozial-demokratischen „Steuerjädigen“

die Fahrkäste der Straßenbahn steuerfrei lassen und die not-wendige Steuer lieber von den Automobilbesitzern einheben?

Eine Steuer von 100 Kr. auf jede Straßenbahnfahrkarte würde die Automobilsteuer entbehrlich machen. Soll man aber so verfahren?

Die Christlichsozialen haben in der Vorkriegszeit das Trinkwasser besteuert. Der Champagner war da-gegen steuerfrei. Ist es nicht besser, wie es die sozialdemo-kratischen „Steuerjädigen“ tun, das notwendige

Trinkwasser kostenlos herzugeben und die Champagnertrinker Steuer zahlen

zu lassen, wenn auch vielleicht die hohe Steuer am Ende einen fröhlichen Becher abschreckt, eine Flasche zu bestellen und — vielleicht! — durch Verringerung des Ablasses irgendwo ein paar Arbeiter Schaden leiden?

Freilich, es gibt auch sozusagen Grenzgebiete des Luxus, Ausgaben, die nicht Luxus in schlechtem Sinne bedeuten, sondern eben Dinge betreffen, die nicht zum notwendigen und unentbehrlichen Lebensaufwand gehören. In das Theater oder in ein Konzert zu gehen, sich bei Musik und Vorträgen zu unterhalten, wird man niemand übelnehmen. Im Gegenteil, es wäre sehr erwünscht, wenn sich alle Menschen, und noch viel mehr als jetzt, Vergnügungen, und namentlich bildende, leisten könnten. Und die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung ist so niederträchtig, diese Vergnügungen zu besteuern, eine Lustbarkeitsabgabe und eine Nahrungs- und Genussmittelabgabe einzuhoben. So etwas hat es in der „guten alten Zeit“ nicht gegeben! Da brauchte man weder für eine Burgtheaterkarte noch beim Heurigen Steuer zu zahlen. Nur eben, daß man damals für die elende Wohnung, in die man dann nach Hause zurückkehrte, eine irrsinnig hohe Hauszinssteuer zahlen mußte und jeder Trunk Wasser besteuert war!

Gewiß können Steuern, die die Vergnügungsindustrie treffen, ihre Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen und auch Einfluß auf die Lage der dort Beschäftigten haben. Aber sind solche Steuern nicht doch

**gerechter als die Besteuerung von Lust und Licht, von Brod und Wasser?**

Ist es nicht besser, daß die allgemeine Verzehrungssteuer, die jeder zahlen mußte, abgeschafft wurde und dafür nur in Luxuslokalen\*) und dort, wo Unterhaltungen stattfinden, eine Abgabe von den Speisen und Getränken eingehoben wird. Wir können sie so

\*) Es ist nicht wahr, daß die Abgabe von Speisen und Getränken alle Lokale trifft und daher eine allgemeine Verzehrungssteuer ist. Von den 3592 Gastwirten Wiens zahlen 2991 diese Steuer nicht. Von den 801 der Steuer unterworfenen Lokalen sind 47 Konzertrestaurants, 484 Lokale zahlen nur 2 bis 9 Prozent Steuer. Von den 1128 Kaffeehäusern Wiens sind nur 847 abgabepflichtig, darunter 280 mit Säben von nur 2 bis 9 Prozent. Von 777 Zuckerbäckern sind nur 178 abgabepflichtig, von 1200 Schokoladen- und Zuckerverhandlern nur 477, darunter 259 mit nur 2½ Prozent und 191 mit Monatspauschalen von 120.000 bis 600.000 Kronen. Von den 14.180 sonstigen Lebensmittelbetrieben Wiens sind nur 935 abgabepflichtig.

fort wieder abschaffen, wenn wir die alte Verzehrungssteuer wieder herstellen! Aber, wäre das gerecht und klug? Wahrlich nicht!

Die Unternehmer der ganzen Vergnügungsindustrie versuchen natürlich, die Schuld an den teuren Preisen oder dem schlechten Geschäftsgang auf die Steuern zu schieben. Aber wenn das Mehl von der christlichsozialen Bundesregierung mit einer achtprozentigen Warenumsatzsteuer belegt wurde, dann wird eine zehnprozentige Lustbarkeitssteuer, wie sie die Sprechtheater und die Opern zahlen müssen, wohl auch gerechtfertigt sein\*)! Daß in der Zeit einer furchtbaren Wirtschaftskrise mit einer nie dagewesenen Arbeitslosigkeit und Geldverknappung die Leute dort sparen, wo sie Ausgaben am ehesten vermeiden können, also beim Vergnügen, ist selbstverständlich, weshalb nicht geleugnet werden kann, daß die Vergnügungsindustrie schlechter daran ist als andere Erwerbszweige. Die Gemeinde berücksichtigt das auch, indem sie für die schlechteste Zeit Steuererleichterungen gewährt.

Überhaupt ist das ganze Gerede, daß die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung voll

Geschäftigkeit gegen die Gewerbetreibenden und Geschäftsleute

ist, ganz falsch. Ganz im Gegensatz zu den anderen Ländern der Republik, in denen die Christlichsozialen herrschen oder doch den Ton angeben, begünstigt die Wiener Gemeindeverwaltung die Produktion in mannigfacher Weise. Trefflich zeigt sich das zum Beispiel bei der Strompolitik. Während in den anderen Ländern der elektrische Strom Gegenstand einer hohen Besteuerung ist, begünstigt sich die Gemeinde Wien mit einer vierprozentigen Steuer. Diese wird ganz zum Ausbau von Wasserkräften verwendet, die uns von dem Bezug ausländischer Kohle unabhängig machen und den Strom möglichst verbilligen sollen, während die anderen Länder die hohen Stromsteuern für allgemeine Verwaltungszwecke verwenden.

Während das Elektrizitätswerk in der Vorkriegszeit Strom ausschließlich mit Kohle erzeugte, die aus Gebieten stammte, die jetzt Ausland sind, ist jetzt ausländische Kohle nur mehr für die Erzeugung von zwei Fünfteln des elektrischen Stromes erforderlich, 300.000 Tonnen ausländischer Kohle, die 160 Mi-

\*) Nebenbei bemerkt, gestattet ein von der Christlichsozialgroßdeutschen Mehrheit des Nationalrates im Jahre 1922 beschlossenes Gesetz allen Gemeinden, durch bloßen Beschluß eine 50prozentige Lustbarkeitssteuer einzuziehen.

Karden Kronen kosten würden, können bereits jährlich erspart werden, was unsere Abhängigkeit vom Ausland verringert und von großer allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Als das erste Wasserkraftwerk Strom nach Wien lieferte, ermäßigte die Gemeinde sofort den Kraftstrompreis um 12,5 Prozent. Dadurch erspart das Wiener Gewerbe jährlich 30 Milliarden Stromkosten. Und die ganze Wasserkraftabgabe, die diese Verbilligung möglich macht, beträgt jährlich für den Kraftstrom 10 Milliarden!

**Dreimal soviel als die Industrie zahlt, bekommt sie durch die Strompreisermäßigung zurück!**

Anderstwo hätte man stolz von der vernünftigen und die Wirtschaft fördernden Gemeindepolitik erzählt. In Wien hat die begünstigte Industrie der Gemeinde ihren Dank mit einer neuen Hebe gegen den „Steueradiktismus“ ausgedrückt!

Und so ist es in allem. Wir haben in Wien eine höhere Steuer auf Personenautomobile als in den anderen Ländern der Republik. Dafür haben wir eine niedrigere Besteuerung der Lastkraftwagen als überall sonst! In anderen Ländern Österreichs werden die Lastkraftwagen sechs-mal so hoch besteuert wie in Wien! Die Anhängerwagen sind in Wien steuerfrei, in allen anderen Ländern Österreichs werden sie besteuert.

Die gewerblichen Betriebe mußten in der Vorkriegszeit das Wasser mit 20 Goldheller (2880 Papierkronen) pro 1000 Liter bezahlen. Die sozialdemokratischen „Steueradiktisten“ geben das Wasser für gewerbliche Zwecke mit 400 Kr. für 1000 Liter ab. Nur nebenbei sei hier daran erinnert, was die niedrigen Tarife für Gas und Strom für die Industrie bedeuten!

In fast allen Ländern müssen Geschäftslokale eine höhere Gebäudesteuer zahlen als Wohnungen mit gleichem Friedenszins. In Wien sind die Geschäftslokale den Wohnungen gleichgestellt, ja von einer gewissen Grenze an (5000 Kr. Friedenszins) sogar wesentlich begünstigt. Die der Fremdenzimmerabgabe unterliegenden Räume wurden bei der letzten Wohnbausteuererhöhung überhaupt ausgenommen.

Als im Herbst die Wirtschaftskrise verstärkt zu wüten war, hat die Gemeinde die Fürsorgeabgabe um  $\frac{2}{10}$  Prozent herabgesetzt und so allen Gewerben die Steuerlast erleichtert.

Das alles wird geflissentlich übersehen und verschwiegen. Nur wenn der Bund Steuern herabsetzt, dann erscheint das als eine große Tat. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, daß

Jede Steuerherabsetzung des Bundes zugleich auch eine für die Gemeinde bedeutet,

Ihr also Einnahmen wegnimmt. Die Gemeinde war zur Hälfte an der Bankeneinkommensteuer beteiligt. Der Bund hat sie abgeschafft. Für die Gemeinde bedeutet das einen Verlust von etwa 70 Milliarden jährlich. Der Bund hat schon zweimal die Körperschaftsteuer der Aktiengesellschaften herabgesetzt, die allgemeine Erwerbsteuer und die Einkommensteuer ermäßigt. Da von dem in Wien aufgebrauchten Teil dieser Steuern die Gemeinde die Hälfte bekommt, ermäßigt sich daher auch ihre Hälfte und sie verliert viele Milliarden. Das von der Industrie gewünschte Gesetz über die Einführung von Goldbilanzen wird zu einer weiteren Verringerung der genannten Steuern führen. Wieder trifft der Verlust zur Hälfte die Gemeinde Wien.

Mit Wirksamkeit vom Jahre 1924 an wurde die Teilung der gemeinsamen Bundesabgaben zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden neu geregelt. Dabei mußte Wien auf 280 Milliarden jährlich verzichten.

Da Wien mit einem Drittel seiner Einnahmen von der Bundesgesetzgebung abhängig ist, so erfahren seine Einnahmen fortwährend Veränderungen, auch gegen den Willen der Gemeinde. Man kann der Gemeinde nicht zumuten, daß sie hunderte Milliarden durch Änderung der Bundessteuern und ihrer Verteilung einbüßt und obendrein auch ihre eigenen Gemeindesteuern abschafft. Würde der Bund nicht 280 Milliarden durch die Änderung der Abgabenteilung ab 1924 der Gemeinde entzogen haben, so könnte sie zum Beispiel die ganze Zusatzabgabe, Nahrungs- und Genussmittelabgabe und Fremdenzimmersteuer abschaffen oder die Fürsorgeabgabe fast auf die Hälfte herabsetzen.

Es ist eine grobe Fälschung, den Bund als den einsichtigen Freund und die Gemeinde als den gehässigen Feind des Gewerbes hinaustellen.

Alle die vielumstrittenen neuen Gemeindesteuern können leicht verschwinden, wenn — ja, wenn wir eben zu dem alten System zurückkehren wollen, den notwendigen Lebensbedarf der Massen zu besteuern. Den Kapitalisten wäre das natürlich lieber, daß die anderen zahlen sollen und nicht sie. Ob es aber auch den Massen lieber wäre? Und ob nicht auch sehr viele Kleingewerbetreibende und Geschäftsleute, die sich in die Gefolgschaft der Rathhausfeinde locken lassen und das Schlagwort vom „Steuerabschlismus“ nah, n, dann plötzlich zur Besinnung kämen, daß es doch

geschickter ist, es so zu machen wie heute, statt den Spieß umzukehren?

Würden wir für jedes Kubikmeter Gas, für jedes Kilowatt Strom, für jede Straßenbahnfahrkarte, für jedes Hektoliter Wasser mehr verlangen als die Selbstkosten und so eine indirekte Steuer einheben, wie es die frühere christlichsoziale Verwaltung getan hat, dann könnten wir wie damals 31.2 Millionen Goldkronen und infolge der Steigerung des Umsatzes noch 10.8 Millionen Goldkronen dazu jährlich als Profit an die Gemeindefassen abführen. Dafür könnten wir sechs zehn Gemeindesteuern abschaffen, so daß nur die Fürsorgeabgabe und die Wohnbausteuer bestehen blieben.

Wer ist dafür, daß lieber die Arbeiterfrau, die auf dem Gasherd ein ärmliches Mittagessen kocht, Gassteuer zahlen; jeder Mensch, der von der Wohnung zu seiner Arbeitsstätte fährt, im Fahrpreis der Straßenbahn eine Steuer entrichtet; daß jeder Trunk Wasser besteuert werden soll, nur damit die Leute, die im Auto fahren, in den noblen Restaurants speisen, sich von mehr Hausgehilfinnen als einer bedienen lassen oder sich irgendwo unterhalten, keine Steuer mehr zahlen müssen?

Wir können ohne weiteres das System der „guten alten Zeit“ wieder herstellen. Aber wäre es nicht ein Verbrechen am Volke?

Mehr als 72 Millionen Goldkronen hat die Gemeinde im Jahre 1913 allein an Wohnungssteuern eingenommen und der Staat noch 54 Millionen dazu. Würden wir auch nur die 72 Millionen Goldkronen (mehr als eine Billion Papierkronen) von den Mietern Wiens verlangen, wir könnten 17 Gemeindesteuern abschaffen und brauchen nur eine dreiprozentige Fürsorgeabgabe als einzige Gemeindesteuer daneben bestehen lassen.

Die Wohnungssteuern und Monopolgewinne des Jahres 1913 machen zusammen soviel aus wie alle 18 Gemeindesteuern, die heute bestehen.

Wer hat Lust, zum alten System zurückzukehren? Die großen Kapitalisten natürlich! Wer noch? Wer will sich wirklich von ihnen und ihren Schlepptägern nasführen lassen?

„Aber.“ sagen die Vorsichtigeren unter ihnen manchmal, „so meinen wir es ja gar nicht. Aber die Steuern von heute sind halt doch zu hoch!“ Der Beweis wäre zu erbringen, daß sie in allen anderen Ländern höher sind als bei uns, nur aufgebracht werden sie bei uns eben anders als anderswo.

„Kommt es denn auf ein paar Milliarden an? Nein!“ „Daher“, so sagt der eine, „könnte man wenigstens die Theater von der Lustbarkeitsabgabe befreien.“ „Warum gerade die Theater?“ ruft wieder ein anderer mit gleichem Rechte. „Wäre es nicht besser, die vielen Feste steuerfrei zu machen, deren Ertrag für nützliche Zwecke verwendet wird? Dafür sollen lieber die Theater Steuer zahlen!“ „In das Theater muß man nicht gehen“, sagt wieder ein anderer, „aber daß ich für meinen Hund Steuer zahlen muß, ist unerhört.“ „Daß man eine Speisen- und Getränkeabgabe zahlen muß, wenn man in ein Konzertkaffeehaus geht, ist eigentlich das Argste“, findet wieder ein anderer. „Alles Unsinn!“ schreit einer dazwischen, „das sind lauter Spezialsteuern, die nicht für die ganze Wirtschaft entscheidend sind. Viel wichtiger wäre es, die Fürsorgeabgabe auf die Hälfte herunterzusetzen, wenn schon nicht ganz abzuschaffen.“ Welche Meinung ist die richtige? Wem soll man Rechnung tragen? Man sieht auf den ersten Blick: die Sache ist nicht leicht. So oft von Steuerermäßigungen die Rede ist, stehen viele Interessen gegeneinander. Mit ein paar Milliarden ist es nicht abgetan. Es würde sich gleich um große Summen handeln.

Kann die Gemeinde, die von ihren Steuern schon hundert Milliarden infolge Änderungen der Bundesgesetzgebung aufgeben mußte, ihre eigenen Steuern wesentlich abbauen? Gewiß! Sie könnte es, aber nur unter einer Bedingung, daß sie natürlich auch die notwendigen

#### Streichungen auf der Ausgaben Seite

vornimmt.

Die Gemeinde hat das große Werk der Schulreform erfolgreich begonnen. Wollen wir die Volkswirtschaft wieder aufrichten, so brauchen wir ein neues Geschlecht gesunder und tatfroher Menschen, die ihre Augen und ihre Hände zu gebrauchen verstehen, die Herz und Hirn am rechten Fleck haben. Eine ordentliche Schule kostet Geld. Ja, wenn man Klassen sperrt, Lehrer abbaut und wenn siebzig Kinder in einem Zimmer zugleich unterrichtet werden, wie es anderwärts geschieht, dann ist die Schule freilich billiger! Aber ist es nicht gescheiter, Steuern zu zahlen und dafür eine gute Schule zu haben?

Die Gemeinde hat ein ungeheures Werk der Fürsorge aufgebaut. Ihre Wohlfahrts Einrichtungen begleiten den Menschen von der Geburt bis zum Grabe: Mutterberatungsstellen, Generalvormundschaft für alle unehelichen Kinder, Ziehkinderaufsicht, Elternberatung für schwer erzieh-

freie Kinder, Kindergärten mit Auspeisungen, Horte, Tagesheimstätten, schulärztlicher Dienst, Schülerauspeisung, Ferienaktionen, Tageserholungsstätten, Wanderherbergen, Spielplätze, Eislaufplätze, Kinderfreibäder, Kinderübernahmestelle, Kinderspittäler, Kinderheilanstalten im Gebirge und am Meere, Waisenhäuser, Anstalten für verwahrloste und schwer erziehbare Kinder mit Lehrwerkstätten, Haushaltungsschulen, Frauengewerbebeschulen, Erhaltungsbeiträge für arbeitsunfähige Leute, Krankentransporte, Wärmestuben, Altersheime, das große Spital, Irrenhäuser, Obdachlosenheime, Beratungsstellen für Geschlechtskranke, Trinkerfürsorgestellen, Trinkerheilstätten, Tuberkulösenfürsorgestellen, Heilstätten für Dungenkranke, Volksbäder, Eheberatungsstelle, Berufsberatungssamt, Lehrlingsurlaubssaktion... Die Einrichtungen sind nicht zu übersehen. Aber man möchte keine missen. Im Gegenteil, man möchte wünschen, daß sie mehr und mehr ausgebaut werden, um wirklich allen helfen zu können, die der Hilfe bedürftig sind. Aber das kostet Geld, sehr viel Geld. Auch bei den heutigen Steuern kann die Gemeinde nicht alles das machen, was sie für notwendig hält. Nehmt ihr die Steuereingänge, und sie muß sofort Einschränkungen machen. Jede Einnahme hat eben ihre Verwendung.

„Ah was! Die Gemeinde hat Geld genug in der Kasse liegen!“ heißt es dann. „Wozu hat sie Aktien gekauft?“ Die Gemeinde hat auf Grund der bestehenden Gesetze in den letzten Jahren bei der Vermehrung des Aktienkapitals vieler großer Unternehmungen Aktien für sich in Anspruch genommen, um gegebenenfalls dort auch etwas mitreden zu können. Damit ist sie aber nicht unter die Börsenspekulanten gegangen, denn sie verkauft die Aktien nicht. Sie hat dafür 2621 Millionen Kronen ausgegeben, aber für die sogenannten Bezugsrechte, die sie auf Grund der Aktien erworben und weitergegeben hat, 3028 Millionen eingenommen, so daß sie der ganze Aktienbesitz nichts kostet!

„Wozu muß die Gemeinde

viele hunderte Milliarden in der Kasse

liegen haben? Sie gibt das Geld den Großbanken, die damit Wuchergeschäfte machen! Sie soll dafür lieber den Leuten Steuern nachlassen!“

Ja, es ist wahr! Die Gemeinde hat einen beträchtlichen Kassenstand. Ende des Jahres 1923 war er 532 Milliarden\*).

\*) Der Kassenstand des „armen“ Bundes betrug Ende 1923 1012,8 Milliarden.

Aber hat nicht auch die **Christlichsoziale** Gemeindeverwaltung Geld gehabt, sogar noch viel mehr? Im Jahre 1913 hatte die Gemeinde **Kassenbestände** (einschließlich der Wertpapiere) im Betrag von 92 Millionen Goldkronen (1300 Milliarden Papierkronen) und ein Erträgnis daraus von nahezu 3 Millionen Goldkronen. Dann freilich haben die **Christlichsozialen** während des Krieges das Gemeindevermögen verwirtschaftet. Die 78 Millionen Goldkronen, die Herr Weiskirchner in Kriegsanleihe angelegt hat, sind in nichts zerfallen. Breiner hat die Kassen wieder aufgefüllt.

Das ermöglicht der Gemeinde erst eine planmäßige Wirtschaft. Dadurch, daß sie im großen einzukaufen und stets bar zu zahlen vermag, erspart sie wieder ungeheuer viel Geld, das sonst durch Steuern aufgebracht werden müßte.

Die planmäßige Verwendung großer Beträge ermöglicht große Taten im Interesse der Gesamtheit, wie die Errichtung der **Wasserkraftwerke**, die **Elektrifizierung** der Stadtbahn und der **Straßenbeleuchtung**, die **Abtötung** des Mistbauern und vieles andere, das sonst nur möglich wäre, wenn man große Anleihen bekäme, die wieder hoch verzinst werden müßten. Ist es nicht geistlicher, daß Breiner Steuern verlangt hat und die Gemeinde ihre große **Investitionstätigkeit** entfalten kann, als daß noch viele hunderte Milliarden in der **Frankenspekulation** verloren gegangen wären?

„Die Gemeinde schafft **Arbeitslose**, da sie **Steuer**gelder aufhäuft, die der Volkswirtschaft entzogen werden!“  
**Törichtes** Gerede! Umgekehrt! Die Gemeinde gibt allein im Jahre 1925

**anderthalb Billionen für Bauten, Maschinen und andere Investitionen**

aus und gibt damit **hundertten Unternehmungen** und **zehntausenden Arbeitern Beschäftigung!**

Queer hatte das Gemeindegeld bei der **Länderbank** angelegt; auch jetzt liegt es bei großen Banken. Soll man es zinsenlos im eisernen Schrank liegen lassen? Oder soll man es den **Winkelbanken** geben, die von **christlichsozialen** und **großdeutschen Politikern** gegründet und gefördert wurden und elend verkracht sind oder nur mit Methoden, die das Licht der **Öffentlichkeit** scheuen müssen, über Wasser gehalten werden können? Der **christlichsoziale Bund** hat Gelder bei der verkrachten „**Nordisch-Osterröschischen Bank**“ der **Monarchisten** angelegt, die Herr Seipel protegirt hat. Die **sozialdemokratische Gemeindeverwaltung** legt die Gelder vor allem so an, daß sie **sicher sind** und nicht **verloren** gehen können. Daß das **heutzutage nur**

in Verbindung mit Großbanken völlig zweifellos möglich ist, ist traurig, aber eine Tatsache der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, mit der die Gemeinde rechnen muß.

Das beste Zeugnis dafür, daß in Wirklichkeit jedermann in Wien zur vielverlästerten Rathauswirtschaft das vollste Vertrauen hat, ist die Tatsache, daß jeder sein Geld der Zentralsparkasse der Stadt Wien anvertraut. Ob Jud, ob Christ! Ob Arbeiter oder Unternehmer! Jeder weiß, daß es dort sicher ist. In der Versammlung hört man sich eine Schimpfrede auf den Breitner an, man klatscht Beifall, und am nächsten Tag trägt man sein Geld zu ihm in die Sparkasse. Und man tut gut daran. Dort kann nichts passieren! Dort wird gut gewirtschaftet!

Wenn einer gar nichts mehr gegen die Gemeinde zu sagen weiß, dann hört man aber doch wenigstens: „Wozu gibt die Gemeinde

### hunderte Milliarden für Wohnbauten

aus, die sich nicht verzinsen können? Das hat es früher nie gegeben. Würde die Gemeinde das nicht tun, so könnte sie die Steuern wirklich heruntersetzen und manchem bedrängten Gewerbe die Lage erleichtern helfen.“

Darum noch ein Wort auch über diese Frage. Der Mieterschutz hat den Hausbesitz unentabel gemacht. Da der Hausbesitzer von seinem Haus keine Rente mehr hat, fällt es keinem Kapitalisten mehr ein, Häuser zu bauen und Wohnungen zu vermieten. Er ist zwar für Neubauten nicht durch den Mieterschutz gebunden und kann für seine Wohnungen verlangen, was er will. Er findet aber niemand, der den normalen Preis der heute gebauten Wohnungen zahlen könnte. Bei den heutigen Baukosten und Kapitalkinzinsätzen würden die Wohnungen etwa den 40.000fachen Friedenszins kosten müssen, wenn das Baukapital sich für die heutigen Verhältnisse normal verzinsen soll. Das wäre also ein Zins von 1-2 Millionen Kronen monatlich für eine Arbeiterwohnung, so viel als mancher im ganzen verdient! Eine ungeheure Verelendung oder eine gewaltige Steuerwelle, in der alle Löhne und Preise umgewälzt würden, oder beides zugleich wäre die unausbleibliche Folge der Aufhebung des Mieterschutzes. Man hört oft sagen, daß durch Aufhebung des Mieterschutzes wieder Hypotheken auf die Häuser gelegt werden könnten und auf diese Weise Kredite flüssig würden, die die Volkswirtschaft so notwendig braucht. Aber die Erfahrung der letzten Jahre zeigt uns, daß der landwirtschaftliche Besitz, dessen Wert durch keinen Mieterschutz heruntergedrückt wird,

auch keine nennenswerten Hypotheken bekommt. Im übrigen wäre es ja eine Ungeheuerlichkeit, durch Aufhebung des Mieterschutzes einfach den Hausherren die Goldverzinsung für einen Goldwert zu geben, den sie — nie besessen haben! Denn auf den Wiener Häusern lagen ja in der Vorkriegszeit große Hypotheken. Die Hausherren hatten das Geld in Goldkronen bekommen und haben es in Papierkronen zurückgezahlt. Jemand, der vor 15 Jahren ein Haus für 100.000 Goldkronen gekauft, aber nur 30.000 Kronen selbst gezahlt und 70.000 Kronen bei der Sparkasse ausborgt hat, die als Hypothek das Haus belastet haben, war in Wirklichkeit wirtschaftlicher Eigentümer von nur drei Zehnteln des Hauses. Er hat jetzt die 70.000 Goldkronen in Papierkronen zurückgezahlt und ist jetzt Eigentümer des ganzen Hauses. Würde man nicht den 40.000fachen Zins, der gemäß den jetzigen Herstellungskosten neuer Wohnungen herauskäme, sondern nur den valorisierten Friedenszins, also den 14.400fachen Zins zahlen, so bekäme dieser Hausherr für seine Wohnungen wie in der Vorkriegszeit 10.000 Goldkronen Zins, demnach eine 33 $\frac{1}{3}$ prozentige Verzinsung seines wirklichen Vorkriegeigentums von 30.000 Goldkronen. Da auf den Wiener Häusern insgesamt eine Hypothekenschuld von 2700 Millionen Goldkronen gelastet hat, die in Papier zurückgezahlt worden sind, so wäre die Aufhebung des Mieterschutzes für die Hausherren ein Geschenk in der gigantischen Höhe dieses Betrages, der viermal so groß ist, wie der ganze Völkerbundkredit von Genf!

Die Revolutionierung aller Löhne und Preise würde die Produktionskosten der Industrie derart erhöhen, daß wir auf dem Weltmarkt, auf den wir mit der Hälfte unserer Erzeugung angewiesen sind, nicht mehr konkurrieren könnten. Die Hausherren hätten wieder ihre Renten, und zwar noch weit mehr als in der Vorkriegszeit, weil sie auch die Beträge einstecken würden, die sie in der Vorkriegszeit als Hypothekenzins an die Sparkassen weitergeben mußten; aber die Volkswirtschaft würde zugrunde gehen.

Die Gemeinde will helfen, diese Katastrophe zu vermeiden. Sie will den Mieterschutz erhalten. Er kann aber nur erhalten werden, wenn Staat und Gemeinde an Stelle der Privaten bauen, um Ersatz für demolierensreife Wohnungen zu schaffen und den neu entstehenden Familien Wohnungen zu geben. Darum verlangt die Gemeinde mit Recht: Jeder, der eine Wohnung hat und dank dem Mieterschutz nur für die Betriebskosten und die Erhaltung des Hauses aufkommen muß, nicht aber eine Hausherrenrente

zu zahlen braucht, soll etwas dazu hergeben, damit neue Wohnungen für die Obdachlosen gebaut werden können.

**Die Wohnbausteuer dient der Verteidigung des Mieterschutzes.**

Sie ist daher die gerechteste Steuer, die man sich denken kann. Sie wird um so eher erträglich, als die Gemeinde Wien im Gegensatz zu allen anderen Gemeinden keinerlei Hauszinssteuer einhebt, die Wohnungen also für allgemeine Gemeindegewerke nicht belastet, während in der Vorkriegszeit 40 Prozent des Zinses Steuern waren! Die Wohnbausteuer nimmt Rücksicht auf den Unterschied der Wohnungen, der in aller Regel auch ein Unterschied des Einkommens der Bewohner ist.

Während die christlichsoziale Gemeindeverwaltung der Vorkriegszeit von jeder Zinskrone, von der des Rothschild wie von der des Arbeiters, gleich viel Heller als Steuer nahm, ist die Wohnbausteuer abgestuft. Die Arbeiterwohnung mit 360 Kronen Friedenszins hat im Jahre 1913, in Papierkronen gerechnet, 2.073.600 Kronen Mietsteuer gezahlt und zahlt jetzt 108.000 Kronen jährlich, also den neunzehnten Teil!

Dasselbe gilt für das kleine Geschäftslokal und die kleine Werkstätte mit 360 Kronen Jahreszins.

Die kleine Beamtenwohnung mit 600 Kronen Friedenszins oder ein Geschäftslokal mit gleichem Zins haben im Jahre 1913, in Papierkronen gerechnet, 3.456.000 Kronen Mietsteuer gezahlt und zahlen jetzt 180.000 Kronen, also den neunzehnten Teil!

Die mittlere Beamtenwohnung mit 1200 Kronen Friedenszins und ein Geschäftslokal mit gleichem Zins haben im Jahre 1913, in Papierkronen gerechnet, 6.912.000 Kronen Mietsteuer gezahlt und zahlen jetzt 420.000 Kronen, also den sechzehnten Teil!

Die Mittelstandswohnung mit 1800 Kronen Friedenszins und ein Geschäftslokal mit gleichem Zins haben im Jahre 1913, in Papierkronen gerechnet, 10.368.000 Kronen Mietsteuern gezahlt und zahlen jetzt 720.000 Kronen, also etwas mehr als den fünfzehnten Teil!

Die Mittelstandswohnung mit 2400 Kronen Friedenszins und ein Geschäftslokal mit gleichem Zins haben im Jahre 1913, in Papierkronen gerechnet, 13.824.000 Kronen Mietsteuern gezahlt und zahlen jetzt 1.080.000 Kronen, also etwas mehr als den dreizehnten Teil!

Es ist die großen Wohnungen mit 3000 Kronen Friedenszins und Geschäftskontore mit gleichem Zins, die im Jahre 1913, in Papierkronen gerechnet, 17,280.000 Kronen Mietsteuern gezahlt haben, zahlen jetzt nur 1,500.000 Kronen, also etwas mehr als den zwölften Teil!

Erst für Luxuswohnungen steigt die Steuer je nach der Höhe des Friedenszinses bis zu den gewaltigen Prozentsätzen der Hauszinssteuer von einft, so daß die Besitzer der großen Paläste 36 Prozent des Mietwertes an Steuer entrichten müssen. So kommt es, daß ein bekannter Mann, der in Wien vier schöne Palais besitzt, für sie so viel Wohnbausteuer zahlen muß, wie 15.000 Arbeiterwohnungen! Die Wohnbausteuer liefert im ganzen 326 Milliarden, nur ein Sechstel der Mietsteuern, die die Wiener vor dem Kriege zahlen mußten. Sie genügt für die Bautätigkeit der Gemeinde bei weitem nicht, so daß auch andere Steuern zum Bau herangezogen werden müssen, im Jahre 1925 nicht weniger als noch 600 Milliarden.

Soll der Mieterschutz dauernd erhalten bleiben, so muß laufend in jedem Jahre so viel gebaut werden, daß die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden können. Soviel Wohnbausteuer oder anderes Steuergeld ist also notwendig. Diese Art von Wohnungsbau ermöglicht auch eine andere Zinsbestimmung in den neugebauten Häusern, als ein kapitalistischer Bauherr sie vornehmen könnte. Die Gemeinde Wien verlangt für die Wohnungen in ihren Neubauten einen Zins, der etwa ein Fünftel des Zinses ausmacht, was der normale Zins für neugebaute Wohnungen sein müßte. Das ist nur denkbar, weil die Gemeinde auf einen Ertrag verzichten kann und keine Verzinsung des in die Häuser investierten Kapitals zustande zu bringen braucht, ohne die es sich dagegen für einen Privaten nicht rentiert, Geld für Wohnungsbauten zu verwenden.

„Entsetzlich!“ rufen heuchlerisch die Feinde des Mieterschutzes aus. „Die Gemeinde preßt uns so viel Wohnbausteuer ab, daß vom Mieterschutz keine Rede mehr ist!“ So sagen sie. Aber das Gegenteil ist wahr. Mieterschutz kann nicht bedeuten, daß man umsonst wohnen kann. Das ist in der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich. So viel, als die Erhaltung der bestehenden Häuser und der Bau der notwendigen neuen Häuser kosten, muß von den Mietern aufgebracht werden. Geschieht es nicht im Wege der Wohnbausteuer, aus der die Gemeinde baut, so muß es durch Aufhebung des Mieterschutzes im Wege der neu erstehenden Haus-

Herrenrente gesehen, das heißt, mit fettem Profit für das private Kapital. Da ist die Wohnbausteuer, und wäre sie zehnmal so hoch als heute, das weitaus billigere und zweckmäßigere Mittel.

Rechnen wir nur nach! Die Christlichsozialen haben im Nationalrat

die Einführung des 6000fachen Friedenszinses

verlangt. Da der gesamte Friedenszins in Wien mit 400 Millionen angenommen werden kann, so ergäbe das eine Jahresleistung der Mieter von 24 Billionen Kronen, wenn nicht noch Steuern dazu kommen, und gesondert noch die Betriebskosten. Angenommen, die Hausherrn würden aus ihren neuen Einnahmen die Häuser glanzvoll instand halten, wie sie es nie getan haben, so würde das im Durchschnitt allerhöchstens vielleicht den 1000fachen Zins, also ein Sechstel der Summe erfordern, und

2000 Milliarden wären der Profit der Hausherrn,

ohne daß auch nur ein neues Haus gebaut würde! Denn beim 6000fachen Zins ist das Bauen ebensowenig rentabel wie heute. Dazu wäre, wie schon erwähnt, der 40.000fache Zins nötig. Würde nur die Hälfte der 2000 Milliarden als Wohnbausteuer gezahlt werden, so könnten damit mehr als 8000 Wohnungen gebaut werden. Ist also die Wohnbausteuer nicht die bessere Methode?

Wo immer man die Rathauswirtschaft untersucht, kommt man zu dem Ergebnis, daß sie

im Interesse des Volkes zweckmäßig und gut

ist. Darum wird sie auch weitergeführt werden wie bisher. Dazu ist notwendig, daß sie überall im Volke Verständnis findet. Es darf den Kapitalisten und ihrem Troß nicht gelingen, Verwirrung zu stiften. Mögen sie schreien! Wir wissen, daß unser Weg der richtige ist. Wir werden ihn auch in Zukunft gehen.